



Detailansicht des Registereintrags

Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben (DGHS) e.V.

Stand vom 20.08.2025 19:53:40 bis 16.10.2025 22:21:58

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002536
Ersteintrag:	02.03.2022
Letzte Änderung:	20.08.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	<p>Adresse: Mühlenstraße 20 10243 Berlin Deutschland</p>

Telefonnummer: +4930212223370
E-Mail-Adressen:
info@dghs.de
Webseiten:
dghs.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Prof. Robert Roßbruch**
Funktion: Präsident
2. **Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Birnbacher**
Funktion: Vizepräsident
3. **Ursula Bonnekoh-Konermann**
Funktion: Schatzmeisterin

Batraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (1):

1. **Prof. Robert Roßbruch**

Gesamtzahl der Mitglieder:

50.000 Mitglieder am 25.07.2025, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (2):

1. World Federation of Right to Die Societies.
2. Deutscher Juristentag e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (14):

Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Seniorenpolitik; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Arzneimittel; Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Rechtspolitik; Strafrecht; Zivilrecht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Pflegeversicherung; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die am 07.11.1980 gegründete Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben (DGHS) e. V. ist als gemeinnützig anerkannter Verein die bundesweit älteste und mit über 50.000 Mitgliedern größte Bürgerrechts- und Patientenschutzorganisation in Deutschland. Sie setzt sich seit ihrer Gründung für die Durchsetzung des Patientenwillens und Selbstbestimmungsrechts des Einzelnen ein. Ziel ihrer Arbeit ist u. a., dass die unantastbare Würde des Menschen auch im Sterben und bei allen Arten der Sterbehilfe einschließlich der Suizidhilfe gewahrt bleibt.

Die DGHS hat maßgeblich an der Entwicklung und Verbreitung von Patientenverfügungen in Deutschland mitgewirkt. Sie hat eine Patientenschutz- und Vorsorgemappe entwickelt, in der alle relevanten Vorausverfügungen enthalten sind. Im Falle einer Einwilligungsunfähigkeit des Betroffenen ermöglicht ein Notfall-Ausweis in Verbindung mit einem auf diesem befindlichen Passwort und QR-Code, dass Ärzte und Pflegepersonal in Krankenhäusern und Pflegeheimen zu jeder Zeit und von jedem Ort einen schnellen und direkten Zugriff auf die im Volltext online hinterlegten Vorausverfügungen haben.

Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26.02.2020 bietet die DGHS auch für Nichtmitglieder eine telefonische Lebensendberatung an. Darüber hinaus vermittelt sie für ihre Mitglieder Freitodbegleitungen an regional tätige Teams, bestehend aus jeweils einem Arzt/einer Ärztin und einem Juristen/einer Juristin, die nach Feststellung der Einsichts- und Entscheidungsfähigkeit sowie der Wohlerwogenheit und Konstanz der Freitodentscheidung die Durchführung des Freitodes professionell begleiten.

Des Weiteren bringt sich die DGHS in Gesetzgebungsverfahren zu Patientenrechten und zum Selbstbestimmungsrecht am Lebensende ein und vertritt dabei die Interessen ihrer Mitglieder.

Konkrete Regelungsvorhaben (2)

1. Verhinderung einer restriktiven gesetzlichen Regelung des assistierten Suizids gem. Urteil des BVerfG vom 26.02.2020 (Az.: 2 BvR 2347/15 u.a.).

Beschreibung:

Gesetzliche Regelung des verfassungsrechtlich geschützten Rechts auf Suizidassistenz.

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

- SG2507010003 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.12.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]
Organe [alle SG dorthin]

2. Einführung eines Suizidpräventionsgesetzes

Beschreibung:

Die Einfügung eines Suizidpräventionsgesetzes, welches unzulässige und einschränkende Auswirkungen auf die derzeitige Rechtslage der professionellen Suizidassistenz hat soll verhindert werden.

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

- SG2507010007 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.12.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages alle SG dorthin
Organe alle SG dorthin

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

370.001 bis 380.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

2.230.001 bis 2.240.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[DGHS-e-V-Freigabeexemplar-JAE-2024.pdf](#)